

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Gesundheitlichen Verbraucherschutz durch zuverlässige Lebensmittelkontrolle gewährleisten**

Gesundheitlicher Verbraucherschutz erfordert die Sicherheit der Lebensmittel. Ausgangspunkt für eine politische Neuorientierung in der Verbraucher-, Ernährungs- und Agrarpolitik war die BSE-Krise. Seitdem hat die Bundesregierung eine Reihe von Reformen in der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit umgesetzt bzw. eingeleitet. Wie die aktuellen Pannen bei den Tests von Rindern auf BSE zeigen, ist für die Gewährleistung der Sicherheit die Kontrolle entscheidend. Das politische Ziel für sichere Lebens- und Futtermittel zu sorgen, kann nur erreicht werden, wenn die notwendigen Maßnahmen von den für die Lebensmittelkontrolle zuständigen Bundesländern wahrgenommen werden. Die alltägliche Überwachungsarbeit und das Krisenmanagement sind ausreichend zu finanzieren und effizient zu organisieren.

Wir fragen den Senat:

Überwachung

1. Auf welche in Deutschland bzw. Europa verbotenen Stoffe, z. B. Pflanzenschutzmittel, werden Lebens- und Futtermittel standardmäßig untersucht?
2. Wie und in welchem Umfang werden kennzeichnungspflichtige gentechnisch veränderte Lebensmittel, Zusatzstoffe und andere kennzeichnungspflichtige Bestandteile überprüft?
3. In welchem Umfang werden nicht kennzeichnungspflichtige Lebensmittel auf gentechnische Veränderungen untersucht?

Beanstandungen

4. Wie viele Beanstandungen gab es insgesamt in den Jahren 2001, 2002 und 2003 bei planmäßigen Proben und bei Proben aus besonderem Anlass?
5. Wie viele Bußgeldbescheide und Strafbefehle wurden in den Jahren 2001, 2002 und 2003 wegen welcher Ordnungswidrigkeiten bzw. wegen welcher Vergehen erlassen? Wie viele sind bestandskräftig bzw. rechtskräftig geworden?

Organisation der Überwachung

6. Wurden mit dem „Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienst des Landes Bremen“ (LMTVet) die im Rahmen der Organisationsuntersuchung gewonnenen Erkenntnisse und Vorschläge hinsichtlich seiner Aufgabenwahrnehmung und der Personalausstattung erörtert? Welche Schlussfolgerungen für eine verbesserte Aufgabenwahrnehmung wurden gezogen?

Koordination der Überwachung zwischen den Ländern und mit dem Bund

7. Unterstützt Bremen die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zwischen Bund und Ländern über die Grundsätze zur Durchführung der amtlichen Überwachung nach lebensmittelrechtlichen und weinrechtlichen Vorschriften? Wirkt Bremen darauf hin, dass die damit zu verbessernden Kontroll- und Koordinationsaufgaben zügig umgesetzt werden?

Krisenmanagement

8. Wie wird der unverzügliche Datenaustausch zwischen Bremen und den Bundes- bzw. EU-Behörden sichergestellt?
9. Wie wird bei Lebensmittelskandalen die schnelle Handlungsfähigkeit gewährleistet, und wie wird die Handlungsweise abgestimmt? Gibt es einen detaillierten Maßnahmenkatalog?

Öffentlichkeitsarbeit

10. In welcher Form wird die Öffentlichkeit über die Ergebnisse der Lebens- und Futtermittelkontrolle informiert?
11. Hält der Senat eine breite Information der Bevölkerung, z. B. über das Internet, für sinnvoll?

Dr. Karin Mathes,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen